

Hilfen der „öffentlichen Hand“

Vortrag von Katja Erdmann, studentische Hilfskraft im Gleichstellungsbüro der Philosophischen Fakultät.

Das Sozialreferat des AStA ist Anlaufstelle bei allen Problemen mit und um das Studium. Wenn sie selbst nicht weiterhelfen können, dann wissen sie, wer weiterhelfen kann!

1. Unterhalt

- Eltern sind grundsätzlich so lange unterhaltspflichtig, wie sich ein Kind in Ausbildung befindet, d.h. Sie müssen für die Finanzierung des Studiums aufkommen – allerdings bis max. 16. Semester. Sind sie finanziell nicht in der Lage, gibt es Bafög.
- Orientierung zur Höhe des zu zahlenden Unterhaltes bietet die Düsseldorfer Tabelle des Bundesfamilienministeriums: im Regelfall 670€ Mindestbedarf bei Volljährigen – dies ist keine gesetzlich festgeschriebene Pflichtleistung!
- Verweigerung von Unterhaltszahlungen: 1. Einklagen vor Gericht (finanz. + psych. Belastung) 2. ans Bafög-Amt wenden: Druckausübung durch Fristsetzung für Offenlegung der finanziellen Situation, Antrag auf Vorauszahlung + Abtretungserklärung > Unterhaltsanspruch wird ans Amt abgegeben, dass notfalls vor Gericht zuviel gezahltes Geld zurückfordert.
- Beratung beim Bafög-Amt oder Sozialreferat!

2. Kindergeld

- Die Eltern bekommen so lange Kindergeld, wie sie unterhaltspflichtig sind – momentan 184€ für die ersten zwei Kinder und geben das im Rahmen der Unterhaltsverpflichtung weiter.
- Altersgrenze für Studierende: 25 Jahre
- Man darf nicht mit Partner*in verheiratet sein, der/die Unterhalt leisten kann.
- Studierende Eltern bekommen Kindergeld für ihre Kinder.
- Es muss beantragt werden bei der Arbeitsagentur; kann auch rückwirkend beantragt werden, Anspruch verjährt aber nach 4 Jahren.
- Anspruch unabhängig vom Einkommen während Erstausbildung.
- Es gibt viele Ausnahme- u. Sonderfälle, daher empfiehlt sich Beratung beim Sozialreferat oder unter arbeitsagentur.de.

3. Kinderzuschlag

Voraussetzungen:

- Bezug von Kindergeld,

- die monatlichen Einnahmen der Eltern müssen die Mindesteinkommensgrenze (600€ Single, 900€ Paare) erreichen,
- das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen darf die Höchsteinkommensgrenze (elterlicher Bedarf wie ALG II + Wohnkosten) nicht übersteigen und
- der Bedarf der Familie ist durch die Zahlung des Kinderzuschlages gedeckt und deshalb besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II/Sozialgeld.

Antrag: Bundesagentur für Arbeit

- Bezieher von Kinderzuschlag oder ALG II/Sozialgeld können bei der Kommune für die Kinder Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten (eintägige Ausflüge von Schule oder Kindertagesstätte, mehrtägige Klassenfahrten von Schule oder Kindertagesstätte, Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, Beförderung von Schülerinnen und Schülern zur Schule, angemessene Lernförderung, gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in der Schule, Kindertagesstätte oder Hort sowie Leistungen für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (10€))

4. Wohngeld

Voraussetzung:

1. „dem Grunde nach nicht Bafög-berechtigt“ (Nachweis beim Bafög-Amt holen):

- Förderungshöchstdauer überschritten
- bei Studienbeginn älter als 30
- wenn man als Ausländer*in die Bafög-Bedingungen nicht erfüllt
- Fachrichtungswechsel oder Studienunterbrechung ohne anerkannten Grund
- Urlaubssemester

2. Nicht nur vorübergehende Abwesenheit aus dem Familienhaushalt:

- längeres Arbeitsverhältnis/Berufsausbildung vor Studium
 - Heirat, Kindergeld
 - tiefgreifendes Zerwürfnis
 - fortgeschrittenes Altersgrenze
 - kein Wohnraum in elterlicher Wohnung vorhanden
-
- maßgeblich für Berechnung: Höhe der Miete (bis zur Angemessenheitsgrenze), Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen, Einkommen
 - Plausibilitätsprüfung, damit Wohngeld nicht für Ausgaben des täglichen Lebens, sondern Wohnkosten verwendet wird: Nachweis eines Mindesteinkommens (Hartz-VI-Regelsatz (382€) zzgl. Miete max. bis – 20%)
 - Antrag bei Wohngeldstelle im Neuen Rathaus

5. ALG II/Sozialgeld/Sozialhilfe

Sozialgeld und Sozialhilfe kann nur erhalten, wer erwerbsunfähig ist, demnach können Studierende – wenn überhaupt – nur Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch II (ALG II) erhalten.

Grundsätzlich sind Studierende jedoch von ALG II-Bezug ausgenommen. Begründung: Die Ausbildung ist dem Grunde nach förderungsfähig (Bafög), deshalb kann und muss sie daraus bestritten werden – unabhängig davon, ob man tatsächlich Bafög bekommt oder nicht!

Ansprüche für Studierende können trotzdem entstehen (gelten aber nicht als ALG II – s. u. a. § 27 SGB II):

- wenn die Ausbildung nicht dem Grunde nach förderungsfähig ist (z. B. Teilzeitstudium)
- wenn die Ausbildung wegen Krankheit, Schwangerschaft oder Kindererziehung unterbrochen wird
- Leistungen in besonderen Lebenslagen (sog. „Mehrbedarfe“, § 21 (2),(3),(5),(6) nach § 27 SGB II): für werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche, Alleinerziehende, kostenaufwändiger Ernährung aus medizinischen Gründen, im Einzelfall „unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf“
- in bestimmten Fällen ist trotz Bafögs – egal ob erhalten oder nicht - Zuschuss zu angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung möglich
- im besonderen Härtefall (z.B. während des Examens) oder einmalige Hilfen (z.B. Babyausstattung, zwingend notwendiger Umzug)
- für eigene Kinder kann ALG II/Sozialgeld beantragt werden, sofern ihr Unterhalt nicht anderweitig sichergestellt ist

6. a. Elterngeld

- Gezahlt während der Elternzeit nach der Geburt des Kindes
- Anspruchsdauer: 12 Monate, bzw. 14 bei „Partnermonaten“ - Dehnung bei Halbierung der Leistung ist möglich
- Betrag pro Monat: mind. 300€, max. 1800€, abh. vom Einkommen (i.d.R. 65% des Einkommens)
- Erwerbstätigkeit in bestimmten Umfang (30 Std./Monat) ist möglich, dieses Einkommen wird nur teilweise angerechnet.

6. b. Betreuungsgeld

- für nach dem 31.07.2012 geborene Kinder, wenn keine öffentl. geförderte Kinderbetreuung in Anspruch genommen wird
- vom 15. bis 36. Lebensmonat, max. aber 22 Monate
- 100 € pro Monat, ab 1.8.2014 150€
- nicht zusammen mit Elterngeld beziehbar

beides: nicht versteuert, zählt aber als Einkommen (bei Steuererklärung und Hartz IV)

Antrag rückwirkend nur für die letzten drei Monate vor beginn des Monats der Antragsstellung –
deshalb: pünktlich sein! (Elterngeldstelle im Neuen Rathaus)

Hilfreiche Links: gesetze-im-internet.de; studis-online.de